

Medienmitteilung

Bern, 8. Februar 2018 / tul

„No Billag“ gefährdet den nationalen Zusammenhalt

Würde die „No-Billag-Initiative“ angenommen, käme dies einer Abschaffung der SRG, aber auch vieler Privatmedien gleich. Sprachliche und kulturelle Minderheiten kämen kaum mehr zu Wort; religiöse Sendungen würden wohl gestrichen. Der Synodalrat empfiehlt deshalb ein Nein.

Der Synodalrat der Römisch-katholischen Landeskirche des Kantons Bern sorgt sich im Falle einer Annahme der „No-Billag-Initiative“ um die Medienvielfalt und -unabhängigkeit in der Schweiz. Die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren würde nicht nur die Abschaffung oder mindestens starke Verkleinerung der SRG mit ihren politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und Unterhaltungsprogrammen bedeuten. Auch viele Privatmedien würden dem Kahlschlag zum Opfer fallen.

Unabhängige Qualitätsmedien tragen entscheidend zur politischen, gesellschaftlichen und religiösen Meinungsbildung und zum Dialog bei. Während sich kommerzielle Medien an den Einschaltquoten orientieren müssen, kann ein gebührenfinanziertes Radio oder Fernsehen auch sprachregionale und kulturelle Minderheiten zu Wort kommen lassen. Es sind Sendegefässe möglich, die sich an eine kleinere Zielgruppe richten, wie etwa religiöse Sendungen. In den Augen des Synodalrates würde die Annahme der Initiative dem nationalen Zusammenhalt schaden. Sie würde einer Entwicklung Vorschub leisten, in der nur noch die eigenen Bedürfnisse wahrgenommen werden, und die Sicht auf die gesamte Gesellschaft verloren geht.

Ohne SRG wäre die Meinungsbildung noch mehr als heute von ausländischen Medien und finanzstarken Medienhäusern abhängig. Die Situationen in anderen Ländern lassen erahnen, in welche Richtung die Schweiz damit steuern würde. Der Synodalrat empfiehlt die „No-Billag-Initiative“ deshalb zur Ablehnung.

Für weitere Auskünfte und Interviews: Thomas Uhland, Verantwortlicher Kommunikation,
Tel. 031 533 54 55, E-Mail: kommunikation@kathbern.ch, www.kathbern.ch/landeskirche